

# **MENSCHENRECHTE**

## **Gruppe 133 - Polizisten für Polizisten**

***Polizisten, Gendarmen und Justizwachebeamte gründeten eine Gruppe innerhalb der Menschenrechtsorganisation amnesty international.***

Vorwiegend für ausländische Polizisten, deren Menschenrechte verletzt worden sind, setzt sich eine Gruppe österreichischer Exekutivbeamter ein. Vorerst 40 Polizisten, Gendarmen und Justizwachebeamte gründeten am 1. Juni die ai-Gruppe-133 innerhalb der Menschenrechtsorganisation amnesty international (ai). Weltweit sind mehrere Dutzend Exekutivbeamte in Haft, ohne ein faires Gerichtsverfahren – meist weil sie nach einem Machtwechsel auf der "falschen" Seite gestanden sind oder weil sie sich als Privatpersonen gegen ein Regime gestellt haben.

In den ersten beiden Fällen der ai-Gruppe-133 geht es um zwei Polizisten, die der syrische Geheimdienst 1992 im Libanon verhaftet hat. Gründe für die Verhaftungen sind ai nicht bekannt. Beide Beamten wurden bisher nicht vor Gericht gestellt. Einer von ihnen durfte erst nach fünf Jahren Haft zum ersten Mal Besuch empfangen. Die Exekutivbeamten werden in Appell-Schreiben von der syrischen Regierung verlangen, die beiden Polizisten vor ein ordentliches Gericht zu stellen.

"Menschenrechte und Exekutive sind kein Widerspruch", sagt Karl-Heinz Grundböck, stellvertretender Bezirksgendarmeriekommandant in St. Pölten-Land und Sprecher der ai-Gruppe-133. "Menschenrechte zu schützen, zählt zu den Aufgaben von Polizei und Gendarmerie. Auch das Recht auf Sicherheit ist ein Menschenrecht." Die Exekutive habe einen anderen Zugang zum Thema Menschenrechte: "Sie hat das Recht, in Menschenrechte einzugreifen, notfalls mit Gewalt", erläutert Grundböck. "Dadurch entsteht ein gewisses Spannungsverhältnis." Menschenrechte sind Grundlage der Arbeit von Exekutivbeamten, nicht Einschränkung.

Die ai-Gruppe-133 wird bei vermuteten Menschenrechtsverletzungen im eigenen Land nicht aktiv und die Mitglieder werden sich zu Fällen in Österreich nicht äußern. "Das ist ein Grundsatz von amnesty international", erläutert ai-Österreich-Generalsekretär Mag. Heinz Patzelt. Dies erhalte die Unabhängigkeit und Objektivität der ai-Mitarbeiter. "Es hat mehr Gewicht, wenn Appelle für Polizisten von Polizisten kommen", sagt Heinz Patzelt. Neben der Fallarbeit würden die Beamten generelle Aufrufe an Regierungen anderer Staaten richten, um sie zu menschenrechtskonformem Handeln zu bewegen.

Die österreichische ai-Gruppe-133 ist weltweit die zweite derartige Einrichtung. Eine holländische Gruppe besteht seit 1986 und hat 150 Mitglieder. Eine Zusammenarbeit zwischen amnesty international und der Exekutive gibt es in Nepal, Senegal, Mauritius, Irland und Spanien. Weltweit sind eine Million Menschen für amnesty international tätig, in Österreich 1.000 plus 100.000 unterstützende Mitglieder. Die Organisation wendet sich gegen Folter, die Todesstrafe und setzt sich für faire Gerichtsverfahren ein. Die ai-Zentrale befindet sich in London.

G.B.